



POLITIK / REDAKTION

Syrien-Konflikt - Kreuzweg der Welten ...

(SB) - Seit Wochen warnt das russische Militär in Syrien vor einer Falsche-Flagge-Operation der Rebellen, bei der der Einsatz von Chemiewaffen durch die Syrische Arabische Armee (SAA) vorgetäuscht werden soll, um den westlichen Großmächten einen Vorwand für eine umfassende ... (S. 6)

POLITIK / KOMMENTAR

Brasilien - Lula fällt ...

(SB) - Der damalige US-Präsident Barack Obama bezeichnete ihn 2010 als den "populärsten Politiker auf Erden", und das Time-Magazin erklärte ihn zur "einflußreichsten Person weltweit". Wie die Financial Times anerkennend schrieb, habe seine Präsidentschaft "Brasiliens Umarmung des Kapitalismus und der Globalisierung" auf den Weg ... (S. 8)

UMWELT / REDAKTION

CO2 - Emissionsbetrug und Selbsttäuschung ...

(SB) - Müßten nicht alle Staaten, die das Klimaabkommen von Paris unterzeichnet haben, sowie alle zwischenstaatlichen Einrichtungen ihrem eigenen Anspruch gerecht werden und ... (S. 14)

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien / Weltweit Das Weltsozialforum 2018: Internationaler Treffpunkt mit Daseinsberechtigung

von Sergio Ferrari



*Der Frauenblock auf der Auftakt demonstration zum Weltsozialforum 2018
Foto: Sergio Ferrari*

(Salvador de Bahía, 19. März 2018, alai) - Die riesige Bundesuniversität in Ondina mitten im Zentrum von Salvador de Bahía im Nordosten Brasiliens sowie zehn andere Begegnungsorte in der ganzen Stadt kehren zur Normalität zurück: Nach dem Ansturm von 80.000 Menschen, die vom 13. bis zum 17. März an der letzten Ausgabe des Weltsozialfo-

rum (WSF) teilgenommen hatten, ist es jetzt, nach Ende dieses Treffens Zeit, Bilanz zu ziehen.

Kaum ein Jahr zuvor einberufen; von einem entschlossenen Kollektiv aus Salvador de Bahía mit "Überschallgeschwindigkeit" organisiert; von einigen *altgedienten* globalisierungskritischen Akteuren in Frage gestellt; mit einem Programm, das im letzten Moment nur elektronisch verbreitet wurde und dessen 19 Themenschwerpunkte durch die fast

2.000 selbst verwalteten Aktivitäten hunderter Organisationen belebt wurde, hat das 14. Weltsozialforum in Salvador de Bahía den Mut gehabt, stattzufinden.

Großdemonstration zu Beginn

Die Veranstaltung in Salvador begann am Dienstag, den 13. März, nachmittags mit einer Demonstration, die ihren Abschluss in der Altstadt fand und die nach unterschiedlichen Quellen etwa 20.000 Teilnehmer*innen zusammenbrachte.

Diese Demonstration wurde zum Vorzeichen für die restliche Veranstaltung: Es überwog die bunte und engagierte brasilianische und die bahianische Beteiligung; der restliche lateinamerikanische Kontinent - ebenso wie Europa, Afrika und Asien - war nur wenig präsent. Es gab klare Worte gegen den "Temer-Putsch" des aktuellen Präsidenten Michel Temer; auffallend war die zentrale Rolle schwarzer Frauen und Jugendlicher; alles war qualitativ gut organisiert und verlief ohne bedeutende Zwischenfälle.

Am Mittwoch, den 14. März begann die Veranstaltung - ähnlich wie jede Ausgabe des WSF - etwas chaotisch. Grund dafür waren verspätete Akkreditierungen und dass die Aktivitäten in der Stadt verstreut und somit voneinander entfernt lagen. Dann aber nahm die Veranstaltung Fahrt auf und die Inhalte rückten in den Vordergrund. Alles in einem - von den Veranstalter*innen ausdrücklich so gewünscht - Klima der Offenheit, das keinerlei Exklusion erlaubte.

Jede Person, ob akkreditiert oder nicht, ob mit ihrem Besucherausweis oder ohne, hatte das Recht, an allen Aktivitäten teilzunehmen, die sie interessierten. Ohne Polizeiposten oder Sicherheitskontrollen an den Haupt- und Nebeneingängen des Universitätsgeländes. Unter den aufmerksamen und solidarischen Blicken von hunderten von Freiwilligen die bereit waren, die mühsamen langen Wege bei den tropischen Temperaturen des Sommers in Bahía zu erleichtern.

Drei verschiedene Foren in einem

Was den Inhalt betrifft, so vermischten sich in ein und demselben Forum drei Foren miteinander. Das von der Bundesuniversität selbst vorbereitete Forum mit einem speziellen Programm, das auf über 50 Seiten veröffentlicht und in hunderten von Aktivitäten umgesetzt wurde, von denen viele akademisches Niveau aufwiesen. Das Forum, das sich der brasilianischen Realität annahm und dies in vielen Fällen mit klaren politischen Inhalten und mobilisierenden Parolen tat. Und das Forum für "universellere" Themen, an dem auch viele Anwohner*innen teilnahmen, was mit internationaler Unterstützung einen bereichernden und breiten Austausch ermöglichte.

Vom Zelt der "Neuen Paradigmen", das von verschiedenen internationalen NGOs mit lateinamerikanischen Gegenstücken gefördert wurde, bis zu den Workshops, die sich den Problemen internationaler Kooperation widmeten. Vom antiatomaren Widerstand zu den Räumen, die

die Freihandelsabkommen hinterfragten oder die bevorzugt den internationalen Initiativen gegen die Multis Raum gaben.

Von der Interkulturalität, die für einen multikulturellen Staat wie Brasilien ein wesentliches Thema ist, zur Migrationsfrage - in einer Region, in der die kolonisierende Sklaverei ihre Spuren hinterlassen hat. Auch der Klimawandel wurde mit einbezogen; die Bildung der Zukunft; die vielschichtige Wirklichkeit der LGBT-Gemeinschaft; die Herausforderungen für die indigene Bevölkerung; die kontinentalen Kampagnen des Kontinents gegen die aggressive Ressourcenausbeutung; lokale Alternativen etc.

Weiterhin gab es die Weltversammlung der Frauen, die im historischen Zentrum von Pelourinho stattfand; die Versammlung zur Verteidigung der Demokratie im Fußballstadion von Piteuaçu - sie war schwach, was die Anwesenheit anging, aber stark, was die Inhalte betraf, mit Teilnahme des ehemaligen Präsidenten Lula da Silva; sowie eine Reihe weiterer Zusammenkünfte trugen Inhalte bei, die - wenn es gelingt sie in einer Zukunft vorschriftsgemäß zu synthetisieren - wichtige Referenzen für viele lokale, regionale und sogar internationale soziale Akteure sein könnten.

Die "Agora de Zukunft" am letzten Tag des Weltsozialforums hat eine interessante Methodik auf den neusten Stand gebracht, mithilfe derer jede*r Teilnehmer*in oder jedes Netzwerk seine Überlegungen, Vorschläge oder Ergebnisse auf den breiten Mauern der zentralen Universitätsbibliothek vorstellen konnte. Genau

dort, wo vier Tage zuvor die Akkreditierungen der Teilnehmer*innen durchgeführt worden waren.

Eine Veranstaltung weit über Grundsatzdebatten hinaus

Die Hintergrunddiskussionen der letzten Monate und Jahre über Gegenwart und Zukunft des Weltsozialforums scheinen sich nicht direkt auf die Dynamik der Veranstaltung in Salvador ausgewirkt zu haben.

Sicherlich lässt sich feststellen, dass einige soziale Bewegungen, die für das globalisierungskritische Universum von entscheidender Bedeutung sind, bei der Veranstaltung in Salvador abwesend waren - insbesondere die Via Campesina (eine internationale Bewegung von Kleinbäuer*innen und Landarbeiter*innen) Es muss außerdem anerkannt werden, dass die Bewegung der Landarbeiter*innen ohne Boden MST (Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra), der wichtigste brasilianische Akteur innerhalb von Via Campesina, das Forum in Bahía nicht boykottierte, sondern mit einer Vertretung dort auftrat, allerdings ohne ihre Basis zu mobilisieren. Die Organisation nutzte zudem die Anwesenheit verbündeter internationaler Organisationen in Salvador, um ein informelles Treffen der Freund*innen der MST abzuhalten.

Ein internationaler Treffpunkt mit Daseinsberechtigung

Salvador brachte keine Lösungen in die Diskussion um die

Zukunft des Weltsozialforums. Aber man ließ sich auch nicht lähmen durch die nicht abgeschlossene, offene Reflexion. Dass das Forum erfolgreich stattgefunden hat, trotz jenen pessimistischen Theorien, die es für im Sterben liegend halten und ihm den Tod verheißen. Die aktuelle weltweite Realität ist genauso komplex wie - oder vielleicht sogar komplexer als - die des Jahres 2001, als das Weltsozialforum in Porto Alegre geboren wurde. Und sie zeigt gegenüber der zuversichtlichen Selbstbestimmtheit der sozialen Akteur*innen keinerlei Erbarmen.

In Lateinamerika leiden die dynamischsten Bewegungen immer öfter unter Kriminalisierung. In Europa nehmen die zivilisatorischen Krisen, die sich zum Beispiel im Labyrinth der Migration zeigen, alternativen Denkweisen den Platz weg. In Nordamerika scheinen die herausfordernden Proteste der "Occupy-Bewegung" Ende des Jahres 2011 der Vergangenheit anzugehören, obwohl sich immer noch gesellschaftlicher Widerstand gegen Donald Trump manifestiert.

Vor diesem Hintergrund hatte das WSF in Salvador - mit seinen Schwachpunkten und seiner Vielschichtigkeit - den Mut, zu existieren, stattzufinden, einzuberufen und dies auf eine würdige Art und Weise. Dabei wurde die vorherige Ausgabe, die 2016 in Montreal stattfand, zumindest quantitativ weit übertroffen. So wurde ermöglicht, dass Inhalte, die für die internationale Zivilgesellschaft von entscheidender Bedeutung sind, in der soeben

beendeten Veranstaltung einen Platz und ein Echo fanden.

Und auch wenn die kritische Reflexion über das Weltsozialforum vertieft werden muss, so wie es viele der ursprünglichen Promoter*innen betonen, hat Salvador eines mit Gewissheit gezeigt: das Weltsozialforum ist ein internationaler Treffpunkt mit Daseinsberechtigung.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/das-weltsozialforum-2018-internationaler-treffpunkt-mit-daseinsberechtigung/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/fakten/bfai0255.html>



BÜRGER UND GESELLSCHAFT / FAKTEN / MELDUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

**Informationspool www.gn-stat.org
gegen globalen Waffenhandel in acht Sprachen freigeschaltet**

Nachricht vom 6. April 2018

Berlin - 06.04.2018. Gestern wurde in einer Pressekonferenz in Berlin der Informationspool www.gn-stat.org für den Widerstand gegen den weltweit steigenden Waffenhandel vorgestellt. Nach der Berliner Pressekonferenz schaltete das Team von Friedensaktivistinnen und -aktivisten des GLOBAL NET - STOP THE ARMS TRADE (GN-STAT) ihre Website mit dem ersten Fall frei.

"Das GLOBAL NET ist ein einmaliges Projekt, das aus der Erkenntnis erwachsen ist, dass die Rüstungsindustrie weltweit agiert. Waffenfirmen verschieben ihre Produktionswerke nach Belieben von Land zu Land, dorthin wo die Exportgesetze am laxesten sind. Die Absatzmärkte für Kriegswaffen sind verstärkt die Krisen- und Kriegsgebiete der Welt", kritisiert Jürgen Grässlin, einer der Initiatoren des GN-STAT. "Dem setzen wir unseren Widerstand eines weltweiten Netzwerkes von Aktivist*innen, Journalist*innen, Kriegsphotograf*innen, Autor*innen, Filmemacher*innen, Whistleblowern, Ärzt*innen, Rechtsanwält*innen und Künstler*innen gemeinsam mit der sozialen Bewegung entgegen. Wir bringen Licht ins Dunkel der Machenschaften der tödlichsten Industrie - und das in jedem Winkel der Welt."

"Unsere Website ist noch im Aufbau begriffen. Mit jedem Fall, der neu hinzu kommt, werden wir mehr liefern: mehr Fakten, mehr Fotos, mehr Berichte über die schlimmsten Fälle, die Täter, die Unternehmen, die Opfer und den Widerstand gegen den internationalen Waffenhandel", so Stephan Möhrle und Magdalena Friedl, die Webmaster des Internetauftritts. "Unsere Basissprache ist Englisch, ergänzt werden die Fälle übersetzt in die Weltsprachen. Den ersten Fall veröffentlichen wir anfangs in acht Sprachen.

Zum ersten Recherchefall des GN-STAT über den Genozid in Armenien 1915 erklärt Wolfgang Landgraber: "Nach monatelangen Recherchen können wir belegen, dass bei nahezu fast allen Aktionen des Jahre 1915 einsetzenden systematischen Völkermordes an mehr als einer Million Armeniern reguläre türkische Truppen und Angehörige der sog. 'Gendarma' beteiligt waren." Der Münchner Filmemacher und Journalist klagt an: "Bei Mordaktionen griffen deutsche Offiziere,

die in türkisch-osmanischen Generalstäben Dienst taten, aktiv in das Geschehen ein. Und: In der Mehrzahl waren die Aggressoren mit Gewehren der Oberndorfer Waffenschmiede MAUSER-Werke ausgerüstet, heute übernommen von Rheinmetall. Mehr noch: Die Firma Krupp aus Essen lieferte hunderte von Kanonen, die etwa beim Sturm auf den von Armeniern besetzten Berg Musa Dagh zum Einsatz kamen. Letztlich wurden 1,2 Millionen Menschen in den Tod getrieben - deutsche Exportwaffen lieferten die materielle Grundlage für den Völkermord."

"Bis heute ist der NATO-Partner Türkei Abnehmer deutscher Dual-Use-Güter, Rüstungsgüter und Kriegswaffen. Schon seit Jahrzehnten werden von Deutschland gelieferte gepanzerte Fahrzeuge und Kleinwaffen - wie das Sturmgewehr G3 und die Maschinenpistole MP5, in deutscher Lizenz produziert bei MKEK in Ankara - gegen Kurdinnen und Kurden im Südosten der Türkei eingesetzt", sagt Dr. Helmut Lohrer,



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

International Councillor der IPPNW, Ärzte in sozialer Verantwortung. "Unter Missachtung unserer Exportrichtlinien wurden und werden aus Deutschland weiterhin militärische Fahrzeuge, Kleinwaffen und Leopard-2-Kampfpanzer an den NATO-Partner exportiert - völkerrechtswidrig werden Kurden in Afrin in Nordsyrien mit deutschen Waffen ermordet."

"Ein internationales Projekt gegen Rüstungsexporte, das die Geschichte und aktuelle Fälle des Waffenhandels in aller Welt aufarbeitet und das die Lehren für eine friedlichere Zukunft daraus zieht, ist genau das richtige Projekt zur jetzigen Zeit. Aus diesem Grund unterstützt das International Peace Büro, IPB, mit seinen mehr als 300 Mitgliedsorganisationen das neue Netzwerk GLOBAL NET - STOP THE ARMS TRADE", sagt Reiner Braun, Co-Präsident des IPB und Gastgeber der Pressekonferenz.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Johanna Heuveling
E-Mail:
johanna.heuveling@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/fakten/bfam0892.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/fakten/bfam0892.html>

EUROPOOL / POLITIK / SPANIEN

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

**Puigdemont:
Dialogverweigerung ist keine Option in der Demokratie**

von Reto Thumiger, 7. April 2018



*Carles Puigdemont auf der Pressekonferenz in Berlin-Kreuzberg
Bild: © Reto Thumiger*

Berlin - 07.04.2018. Carles Puigdemont, der ehemalige katalanische Regionalpräsident, stellte sich heute Mittag in Berlin erstmalig seit seiner Freilassung der Presse. Die über Nacht organisierte und improvisiert wirkende Pressekonferenz fand in Berlin-Kreuzberg in einem von Journalisten und Sympathisanten überfüllten Kulturraum statt.

Puigdemont gab eine kurze Erklärung ab und beantwortete danach auf Katalanisch, Spanisch und Englisch die zahlreichen Fragen.

Er habe vor, die Auflagen der deutschen Behörden vollumfänglich zu erfüllen und werde bis zum Abschluss des Prozesses einer möglichen Auslieferung in

Berlin bleiben. Berlin sei nicht seine Wahl gewesen, sondern von den Behörden so bestimmt worden.

Der katalanische Politiker nutzte die Gelegenheit erneut, die spanische Regierung zum Dialog aufzurufen. Dialogverweigerung sei keine Option in einer Demokratie; und forderte Respekt vor der Demokratie.

Er habe auch schon früher betont, dass die Unabhängigkeit nicht der einzige Weg sei. "Natürlich ist es unser Vorschlag, aber wir sind offen für andere Vorschläge", erklärte er weiter. Überhaupt möchte er wissen, was für ein Projekt die spanische Zentralregierung für Katalonien habe. "Gibt es überhaupt einen anderen Vorschlag, als noch mehr von dem, was wir bereits gehört haben?"

Syrien-Konflikt - Kreuzweg der Welten ...

Auf das Thema der Gewalt angesprochen, meinte er, dass die Vorwürfe lächerlich seien. "Wir alle wissen, die einzige Gewalt hat es auf der Seite der spanischen Polizei gegeben."

Er habe es nicht darauf angelegt, in Deutschland verhaftet zu werden. Es sei seine Aufgabe, gewisse Risiken einzugehen und so habe er verschiedene Länder in den letzten Monaten besucht. Auf eine Verhaftung in Deutschland habe er weder spekuliert noch habe er damit gerechnet.

Der Text steht unter der Lizenz
Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Johanna Heuveling
E-Mail: johanna.heuveling@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/politik/e-sp0029.html>

Liste der neuesten und
tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

(SB) 9. April 2018 - Seit Wochen warnt das russische Militär in Syrien vor einer Falsche-Flagge-Operation der Rebellen, bei der der Einsatz von Chemiewaffen durch die Syrische Arabische Armee (SAA) vorgetäuscht werden soll, um den westlichen Großmächten einen Vorwand für eine umfassende Intervention in den Konflikt zu liefern. Am 7. April ist es zu der erwarteten Provokation gekommen. An diesem Tag meldeten die White Helmets, eine von britischen Ex-Militärs gegründete "Hilfsorganisation", deren Mitgliedschaft weitgehend aus namhaft bekannten islamistischen "Terroristen" besteht, einen Giftgasanschlag der syrischen Luftwaffe auf Douma, einem Teil der belagerten Rebellenhochburg Ostghouta bei Damaskus. Mehr als vierzig Zivilisten sollen bei dem Vorfall ums Leben gekommen sein. Von den White Helmets aufgenommene Videobilder von Kinderleichen sowie unter schwerer Atemnot leidende Menschen haben rund um die Welt Entsetzen und - wie erwartet - den Ruf nach Vergeltung ausgelöst.

Bereits im August 2013 war es ebenfalls in Ghouta zu einem Giftgasanschlag gekommen, der Hunderte von Menschen das Leben gekostet hat. Nicht lange zuvor hatte der damalige US-Präsident Barack Obama erklärt, mit dem Einsatz von C-Waffen würde die SAA eine "rote Linie" überschreiten, was unweigerlich schwere Konsequenzen nach sich

ziehen würde. Damals standen die US-Streitkräfte in der Region zu einem großangelegten Raketenangriff auf SAA-Stützpunkten und -Stellungen in Alarmbereitschaft. Doch in einer weisen Entscheidung hat Obama den Befehl zum erwarteten Vergeltungsschlag doch nicht erteilt. Dafür gab es mehrere Gründe. Erstens hat das Parlament in London gegen eine Teilnahme der britischen Streitkräfte an der umstrittenen Aktion votiert. Zweitens konnte die CIA die Urheberschaft des Anschlags den Assad-Truppen nicht eindeutig zuordnen (später stellte sich heraus, daß dahinter der türkische Geheimdienst MIT und von Saudi-Arabien unterstützte Dschihadisten steckten). Drittens, um die Lage zu entspannen, hat Rußland die Regierung in Damaskus zur kompletten Aufgabe und Vernichtung aller syrischen Chemiewaffenbestände samt der dazugehörigen Produktionsstätten veranlaßt. 2014 hat die zuständige Organisation für das Verbot Chemischer Waffen (OPCW) den Abschluß aller dazugehörigen Maßnahmen erklärt.

Die neokonservative Politelite in Washington, welche permanent die Konfrontation mit den "Schurkenstaaten" dieser Welt sucht, hat Obama den damaligen Entschluß nicht verziehen. Für sie hat Obamas angebliches Einknicken vor dem Bösen Amerikas Ansehen geschadet und seine Feinde - hierzu werden nicht nur Syrien, Nordkorea und der Iran,

sondern auch China und vor allem Rußland gezählt - ermutigt, sich über internationale Konventionen und Regeln hinwegzusetzen. Dieselben Kräfte, welche diese These vertreten, verlangen den Abzug Rußlands von der Krim, wollen das 2015 von Obama mit dem Iran beschlossene Atomabkommen aufkündigen und drohen Nordkorea ständig mit einem Präventivangriff. Diese Kräfte haben bei der Präsidentenwahl 2016 auf den Kriegsfalke Hillary Clinton gesetzt und mit großer Enttäuschung mit ansehen müssen, wie Donald Trump, der im Wahlkampf gegen unsinnige Militärbenteuer in Übersee gewettert hatte, gewann.

Um Trump auf Kriegskurs zu halten, wurde die Legende in die Welt gesetzt, der New Yorker Baulöwe sei eine Marionette des Kremls, nur so sei seine erklärte Absicht, die Beziehungen zwischen Rußland und den USA zu verbessern, zu erklären. Seit über einem Jahr finden Ermittlungen unter der Leitung des früheren FBI-Chefs Robert Mueller statt, die den fadenscheinigen Verdacht russischer Manipulationen bei der letzten Präsidentenwahl aufklären sollen, deren Hauptzweck jedoch darin besteht, jede Annäherung zwischen Washington und Moskau zu verunmöglichen. Vom sogenannten "tiefen Staat" der USA wird Trump wie ein Fremdkörper behandelt. Das erste und bisher einzige Mal, wo Politik und Medien Trump "präsidiale" Größe bescheinigt haben, war - wen sollte es wundern -, als er am 7. April 2017 in Reaktion auf die Meldung eines angeblichen Giftgasangriffs der SAA drei Tage zuvor bei Khan Sheikhoun mehrere Dutzend Marschflugkörper auf einen

Fliegerhorst der syrischen Luftwaffe abfeuern ließ. Damals erklärte sich Lindsey Graham, neben John McCain der größte Kriegstreiber in US-Senat, zum "glücklichsten Mann Amerikas", und zwar deshalb, weil Trump endlich den Mumm an den Tag gelegt habe, der Obama angeblich fehlte.

Entsprechend seines "isolationistischen" Instinkts hat Trump am 4. April bei einem Auftritt in Ohio erklärt, daß die rund 2000 US-Soldaten, die derzeit die sogenannten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) im kurdischen Nordosten Syriens im Kampf gegen die "Terrormiliz" Islamischer Staat (IS) unterstützen, "sehr bald" nach Hause zurückkehren würden. Auf die Absichtserklärung reagierten Amerikas führende Zeitungen wie die New York Times und die Washington Post sowie die üblichen außenpolitischen "Experten" mit Bestürzung und Ablehnung. Ihnen zufolge müssen die US-Streitkräfte in Syrien - trotz der Illegalität ihres Aufenthalts dort - bleiben, um ein Wiedererstarken des IS zu verhindern sowie um dafür zu sorgen, daß Bashar Al Assad als Präsident zurücktritt und nicht Rußland, der Iran und die Türkei allein über die Nachkriegsordnung bestimmen.

Laut Medienberichten soll es am 6. April im streng abgeschirmten Situation Room im Weißen Haus zu einem extrem hitzigen Streit zwischen Trump und seinen Generälen in der Syrien-Frage gekommen sein. Vergeblich versuchten die Militärs ihrem Oberbefehlshaber seine Idee eines Abzugs der US-Streitkräfte aus Syrien auszutreiben. Über die ange-

deutete Befehlsverweigerung soll Trump in Rage geraten sein und den Anwesenden ein Ultimatum erteilt haben, daß die US-Streitkräfte innerhalb von sechs Monaten aus Syrien abzuziehen wären. Wie der Zufall so will, haben die Ereignisse - namentlich der "Giftgasanschlag" von Douma - Trumps Abzugspläne zu Makulatur gemacht. In Reaktion auf die schrecklichen Bilder aus dem Vorort von Damaskus hat Trump per Twitter-Meldung Assad ein "Tier" genannt, Rußland und den Iran bezichtigt, die SAA bei ihren Kriegsverbrechen zu decken und angekündigt, die Verantwortlichen für die jüngste Greueltat würden einen "hohen Preis" bezahlen.

Damit Trump nicht aus der angepeilten Eskalationsspirale kommt, twitterte am 8. April John McCain, der Präsident selbst habe mit seinem Gerede vom Syrien-Abzug "den von Rußland und Iran unterstützten Assad zu noch mehr Kriegsverbrechen ermutigt". Wie im vergangenen Jahr solle Trump Assad für seine "Brutalität bezahlen lassen", so der Vietnamkriegsveteran und republikanische Senator aus Arizona, der selbst Ende Februar - und das nicht zum ersten Mal - irgendwelchen Rebellengruppen in Syrien einen heimlichen Besuch abgestattet hatte. In der Nacht vom 8. auf den 9. April ist ein syrischer Luftwaffenstützpunkt nahe der Stadt Homs Ziel eines Angriffs mit Marschflugkörpern gewesen. Während die USA jede Beteiligung an der Aktion bestreiten, liegen russischen und syrischen Stellen Erkenntnisse vor, daß es sich hier um eine Operation der israelischen Luftwaffe gehandelt hat. Am 9. April findet eine

Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrats zum Douma-Vorfall statt. Man kann davon ausgehen, daß die westlichen Vetomächte Frankreich, Großbritannien und die USA den Standpunkt Rußlands, daß es sich hier um eine gezielte, wenngleich tödliche Inszenierung gehandelt habe, nicht gelten lassen werden. Was danach folgen wird, ist unklar. Fest steht, daß die militärische Konfliktlage in Syrien für alle Beteiligten vollends außer Kontrolle zu geraten droht.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1587.html>

POLITIK / KOMMENTAR

Brasilien - Lula fällt ...

(SB) - Der damalige US-Präsident Barack Obama bezeichnete ihn 2010 als den "populärsten Politiker auf Erden", und das Time-Magazin erklärte ihn zur "einflußreichsten Person weltweit". Wie die Financial Times anerkennend schrieb, habe seine Präsidentschaft "Brasiliens Umarmung des Kapitalismus und der Globalisierung" auf den Weg gebracht. Zugleich verehrt man ihn namentlich im verelendeten Nordosten des Landes bisweilen wie einen Heiligen, da er mehr für seine armen Landsleute getan habe, als all seine Vorgänger. Luiz Inácio Lula da Silva, aus einfachsten Verhältnissen zum Gewerkschaftsführer, Vorsitzenden der von ihm mitbegründeten Arbeiterpartei Partido dos Trabalhadores (PT) und Präsidenten des Landes aufgestiegen, galt als Vater

des vielgepriesenen Erfolgsmodells Brasiliens. Das aufstrebende Schwellenland schien gleichermaßen einen gewaltigen ökonomischen Sprung in die Riege der Wortführer einer multipolaren Weltordnung vollzogen wie auch die extremen inneren Widersprüche gebändigt zu haben. Angesichts der globalen kapitalistischen Systemkrise mutete die damit assoziierte Botschaft, die Epoche für unvereinbar erachteter Klassengegensätze lasse sich zugunsten einer Koexistenz von Armut und Reichtum auf Grundlage einer beiderseits nutzbringenden Strategie der Versöhnung und Bündelung aller Kräfte überwinden, wie die frappierende Beweisführung einer vordem nur gepredigten Heilslehre an.

Im langen Marsch durch die Institutionen verwandelte Lula wie kein anderer Politiker seiner Generation das Aufbegehren gegen die herrschenden Verhältnisse in einen Aufstieg an die Regierungsmacht, in dessen Verlauf er alles abzuwerfen verstand, was ihm als widerspruchsbehafteter Ballast den Eintritt in die Sphäre nationaler Eliten verwehrt hätte. Ihn zeichnete insbesondere die innovative Befähigung aus, Widerstände zu befrieden, Gegenkräfte einzubinden und einen inspirierenden nationalen Mythos zu generieren, der die horrende soziale Kluft dauerhaft zu brücken schien. Seine Präsidentschaft stand für eine vertrauenswürdige Garantie, das Rad kapitalistischer Verwertung allen Unkenrufen zum Trotz weiterzudrehen. Brasilien galt als Beweis, daß sich die Krisenfolgen eindämmen lassen, sofern man das Tor zur Zukunft offenzuhalten versteht. Das unverhohlene Lob des brasiliani-

schen Präsidenten war durchaus handfester Natur, schien es doch dem globalisierten Raubzug in finsterster Nacht den Weg zu leuchten.

Ohne Lulas vielschichtigen Talente in Abrede zu stellen, lagen doch wesentliche Triebkräfte seines Erfolgs wie die globale Integration des Kapitalismus und der sechzehn Jahre währende Boom der Rohstoffe jenseits seiner Kontrolle. Angesichts dieser Voraussetzungen gelang es ihm, Wachstum und Konzentration des brasilianischen Kapitals auf beispiellose Weise zu befördern, wofür ihm der Rückhalt der Wirtschaftseliten sicher war. Seit Beginn seiner ersten Amtszeit im Jahr 2002 stiegen allein die Profite der Banken um 420 Prozent, während transnationale Konzerne wie Brasil Foods, Petrobras, das Bergbauunternehmen Vale do Rio Doce oder der Flugzeugbauer Embraer in die Weltspitze ihrer Branchen aufstiegen.

Zugleich wurde unter anderem das Wohlfahrtsprogramm Bolsa Familia aufgestockt, in dessen Rahmen den ärmsten Familien 40 Dollar im Monat sowie weitere 12 Dollar für jedes Kind, das sie zur Schule schicken, gewährt werden. Diese Unterstützung hat nach der nicht unbestrittenen Version der damaligen Regierung 25 Millionen Menschen aus bitterer Armut in die Mittelklasse gehoben. Zwangsläufig mehrten sich weltweit Stimmen, die in ausdrücklicher Abkehr von allen Ansätzen weitreichenderer sozialer und in der Konsequenz gesellschaftlicher Umgestaltung das brasilianische Wohlfahrtsmodell zum Königsweg der Armutsbekämpfung ausriefen.

Wollte man die Behauptung aufrechterhalten, von der Präsidentschaft Lulas hätten alle Brasilianer profitiert, muß man schon als selbstverständlich voraussetzen, daß dies natürlich für jeden im Rahmen seiner Möglichkeiten gilt. Die brasilianische Gesellschaft ist nach wie vor von extremer sozialer Polarisierung geprägt, die sich unter anderem darin ausdrückt, daß eine kleine Elite der Bevölkerung über 75 Prozent des nationalen Reichtums verfügt, während über 90 Prozent mit weniger als 550 Dollar im Monat auskommen müssen und sich dieser Trend weiter verschärft. Das Erfolgsmodell des "Lulaismus" wurde nicht zuletzt deswegen international hofiert, weil es die ausgeprägtesten sozialen Unwuchten vorderhand austarierte und das Aufbegehren befriedete, jedoch die Frage, zu wessen Lasten die neuen Reichtümer erwirtschaftet werden, vollständig ausblendete. Grundsätzlich bleibt das Wohlfahrtssystem ein Lehen, das den Empfängern Almosen gewährt oder entzieht, ohne an den bestehenden Besitzverhältnissen und Einflußmöglichkeiten zu rühren. Solange die Wirtschaft floriert, wird etwas für die Armen abfallen und sie zugleich in das paternalistische Gefüge einbinden. Wird die Kasse eines Tages knapp, sind sie die ersten, die den Gürtel bis an die Grenze ihrer schieren Existenz enger schnallen müssen.

Die Kombination einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik mit wachsenden Staatsausgaben führte zu einem soliden Wirtschaftswachstum und insbesondere sinkender Arbeitslosigkeit. Das größte Land Lateinamerikas erlebte einen regelrechten Boom,

der jedoch wesentlich auf einem hohen Preisniveau der meisten agrarischen und industriellen Rohstoffe beruhte, die Brasilien exportiert. Waren die Ressourcen Lateinamerikas vier Jahrhunderte lang das Ziel kolonialer Ausplünderung durch die Mächte Europas und während der letzten hundert Jahre der Hort, aus dem sich der US-Imperialismus unersättlich bediente, so änderte sich dieses Verhältnis auch nicht grundlegend, als China in die Bresche sprang, um sich den Nachschub an Rohstoffen verfügbar zu machen. Allen hoffnungstragenden Lobeshymnen auf die neue Partnerschaft zum Trotz droht sich die einseitige Abhängigkeit von der Ausfuhr von Rohstoffen zu verfestigen und eine Diversifikation der regionalen Ökonomie zu bremsen. Die chinesischen Investoren fordern zudem dieselben Bedingungen wie beliebige andere Unternehmen ein und bestehen insbesondere auf Garantien für den Absatz ihrer eigenen Fertigwaren. Da die Länder Lateinamerikas mit den niedrigen Löhnen in China nicht konkurrieren können, wirkt sich dies auf Dauer verheerend für die einheimische Industrie aus. Als vorwiegende Rohstofflieferanten verlieren die Volkswirtschaften der Region die Souveränität über ihre Ressourcen, können ihre eigene Bevölkerung nicht mehr versorgen, erleiden gravierende Umweltschäden und verzeichnen keine nennenswerte industrielle Entwicklung.

Was die Umweltpolitik betrifft, gehörte zum Einflußbereich Lulas auch der umstrittene Industrielle Blairo Maggi, der zugleich Gouverneur Mato Grossos war und als einer der Hauptverantwortlichen für die Zerstörung des

brasilianischen Regenwaldes gilt. Lulas Wunschnachfolgerin Dilma Rousseff war als Technokratin bekannt, die höchst umstrittene Großprojekte unter Vertreibung indigener Völker forciert hatte. Sie setzte in ihrer Amtszeit nicht nur auf Wind- und Solarkraft, sondern insbesondere auf Agrotreibstoffe und Wasserkraft aus Großstaudämmen, mithin also unter umwelt- und sozialpolitischen Gesichtspunkten höchst zerstörerische Eingriffe, die sie unter die Rubrik angeblich sauberer Technologien faßte.

Wenngleich die Eliten des Landes in Dilma Rousseff stets einen Fremdkörper im höchsten Staatsamt und eine potentielle Gefahr für ihre Bereicherung gesehen haben dürften, war doch die entscheidende Triebfeder des Umsturzes die dramatische Wirtschaftsschwäche. Brasilien litt massiv unter dem Verfall der Rohstoffpreise und der schwächelnden Nachfrage aus China, die das vermeintliche ökonomische Vorzeigemodell in die Krise stürzten. Um die Profite der Kapitalfraktionen zu sichern, die Bevölkerung stärker an die Kandare zu nehmen und die Vormachtambitionen Brasiliens auf internationaler Bühne aufrechtzuerhalten, wurde der paternalistische Entwurf des "Lulaismus" zugunsten einer rigide neoliberalen Rezeptur entsorgt. Mit dem kalten Putsch gegen Rousseff beendeten die wirtschaftlichen und politischen Eliten die Phase des sozialdemokratischen Gesellschaftsentwurfs. Eine im Kern dynastisch strukturierte Klasse, die seit Jahrzehnten mitunter ganze Bundesstaaten wie ihr privates Königreich regiert, diktierte Brasilien fortan eine restriktive Re-

stauration. Der Putschist Michel Temer stand für die Einführung einer Schuldenbremse, Steuererleichterungen für Reiche, den Abbau von Sozialprogrammen, eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und den Verkauf von Anteilen der Staatskonzerne.

Temers Kabinett ausschließlich weißer Männer, darunter der bereits erwähnte Großgrundbesitzer Blairo Maggi, genannt "Sojakönig", als Landwirtschaftsminister, signalisierte unmißverständlich, daß die alten Eliten an die Macht zurückgekehrt waren. Das Ressort für Frauen und Gleichstellung von Ethnien wurde kurzerhand aufgelöst. Drei Minister mußten aufgrund von Korruptionsermittlungen gegen sie gleich wieder zurücktreten, womit sie nicht allein standen. Gegen mehr als die Hälfte der brasilianischen Parlamentarier sind Ermittlungen anhängig. Viele Mitglieder des Senats sind Großgrundbesitzer und Unternehmer, die meisten Millionäre, und gegen etliche wird wegen Korruption, Geldwäsche oder Gründung einer kriminellen Vereinigung ermittelt, einige wurden bereits verurteilt. Die Spitzen der Parteien arbeiten an einer Generalamnestie, um ihre Privilegien zu behalten und sich Straffreiheit zu sichern. Michel Temer selbst darf nicht mehr für das Präsidentenamt kandidieren, weil er wegen illegaler Wahlkampfspenden verurteilt und für acht Jahre von der Teilnahme an öffentlichen Wahlen ausgeschlossen wurde.

Da Lula im Herbst erneut für das Präsidentenamt kandidieren will und Umfragen zufolge der aussichtsreichste Kandidat ist, zeugt

der Verfolgungsdrang des Bundesrichters Sergio Moro in seinem Fall von der Absicht, eine Rückkehr des "Lulaismus" mit allen Mitteln zu verhindern. Der Entwurf einer tendenziellen sozialen Umverteilung zugunsten der ärmsten Bevölkerungsschichten darf nach dem Willen der brasilianischen Eliten niemals wiederkehren, der von der zutiefst rassistischen weißen Oberschicht als bärtiger Halbalphabet verachtete Lula muß als Lektion für die Mehrheitsgesellschaft dafür abgestraft werden, die Klassen-schranke mit seinem Aufstieg perforiert zu haben. So paart sich kühl-räuberisches Kalkül mit blankem Haß, wenn sich die Beschimpfungen Lulas in den sozialen Medien überschlagen, gut situierte weiße Menschen auf der Straße gegen ihn demonstrieren, Leitmedien wie Rede Globo, die allesamt wenigen mächtigen, rechtskonservativen Familien gehören, gegen ihn hetzen. [1]

Der Armeechef Eduardo Villas Boas hat das Oberste Gericht unter Druck gesetzt und via Twitter die Möglichkeit einer Mobilmachung des Militärs angedroht, falls die Entscheidung nicht "gegen die Strafflosigkeit" ausfalle. [2] Im Zuge der reaktionären Restauration ist der Rechtspopulist Jair Bolsonaro zu einem der aussichtsreichsten Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im Oktober aufgestiegen. Der ehemalige Offizier ist für sein Lob der Militärdiktatur wie auch als Advokat eines radikalen Kampfes gegen das organisierte Verbrechen jenseits aller rechtsstaatlichen Prinzipien bekannt. Dabei unterstützen ihn vor allem die sich in Brasilien rasant ausbreitenden Evangelikalen, weshalb ihn manche politi-

schen Kommentatoren bereits als "brasilianischen Trump" bezeichnen, einen "Rächer" an der linken Politclique der PT wegen der korrupten Machenschaften des Establishments. [3]

Wenngleich auch die Arbeiterpartei ihre Kassen mit Geldern von Odebrecht und des staatlichen Ölkonzerns Petrobras gefüllt, sich im Parlament Stimmen gekauft und auf diese Weise ihre Politik durchgesetzt hat, fallen die konkreten Vorwürfe gegen ihr Spitzenpersonal vergleichsweise dünn aus. Gegen Dilma Rousseff läuft bis heute nicht ein einziges Verfahren wegen Fehlverhaltens, Lula soll angeblich die Finanzierung eines luxuriösen Strandapartments in der Küstenstadt Guaruja angenommen haben, wofür es außer umstrittenen Aussagen von Kronzeugen, die sich damit vor dem Gefängnis retten wollten, keinerlei Beweise gibt. Und selbst wenn Lula in einem System, in dem eine Hand die andere wäscht, erfolgreich jongliert haben sollte, wie seine Gegner behaupten, zeugt doch die aktuelle Konstellation von der selektiv gesteuerten Wucht einer Hexenjagd. Wo Sergio Moro aus dem südbrasilianischen Curitiba als Held gefeiert wird, der ein politisches Schema der Bestechung aufgedeckt hat und im Zuge seines Kreuzzugs die Straffreiheit einflußreicher Wirtschaftslenker und Politiker endgültig beenden werde, ist eine mindestens blinde, eher aber gezielt instrumentalisierte Ideologie und Praxis gesellschaftlicher Säuberung am Werk. Wer die Korruption zum Kern allen Übels erklärt, aber von Ausbeutung und Verfügung nichts wissen will, kann nur als Handlanger der herrschenden Verhältnisse enden.

noch nicht informiert oder un-schlüssig waren."

Solidaritätszahlungen als wichtiges Element einer umfassenden Aufarbeitung

Für viele ehemalige Verdingkinder und Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen, stellt die Zahlung über 25.000 Franken eine bedeutende finanzielle Stütze dar. Viel wichtiger ist jedoch die Tatsache, dass damit ein Stück Gerechtigkeit wiederhergestellt wird - der Solidaritätsbeitrag ist die offizielle Anerkennung für das grosse Unrecht, das den Opfern widerfahren ist. Dass nicht alle Betroffenen ein Gesuch gestellt haben, erstaunt nicht: Gewisse Betroffene haben bewusst auf den Solidaritätsbeitrag verzichtet, weil sie diese staatliche Leistung nicht annehmen wollen. Dies gilt es zu respektieren.

Wiedergutmachungsinitiative hat zu einem Umdenken geführt

Für die Opfer stellen nicht nur die Solidaritätszahlungen einen Meilenstein dar, sondern vor allem auch der neue Umgang der Schweiz mit ihrer Vergangenheit. Für Guido Fluri ist klar: "Die fürsorglichen Zwangsmassnahmen sind heute Teil des kollektiven Gedächtnisses. Die Geschichte der Verdingkinder und der anderen Opfer ist heute Teil der offiziellen Schweizer Geschichte. Dies ist das Wichtigste für die Opfer und für die Schweiz als Ganzes." Die Aufarbeitung ist voll im Gang: Wissenschaftler forschen, Theater

führen Stücke auf, in den Schulen spricht man über das Unrecht, das man den Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen zugefügt hat.

Das Engagement für Verdingkinder und andere Opfergruppen geht weiter

Das Engagement für die Betroffenen geht weiter. Die Guido Fluri Stiftung ist Teil eines Projektes, das den Austausch unter den Betroffenen weiterhin fördert und ihre Geschichten konserviert. Im Sommer 2018 wird in der nationalen Gedenkstätte für Heim- und Verdingkinder in Mümliswil ein erstes grosses Zusammenkommen der Betroffenen stattfinden.

Geschichtsklärung dank der Bevölkerung, Politik und Verwaltung

Die Initiantinnen und Initianten danken allen, welche die Wiedergutmachungsinitiative unterstützt und den Gegenvorschlag möglich gemacht haben. Dank der breiten Unterstützung wurde der Inhalt der Initiative zu einem gesamtgesellschaftlichen Anliegen. Dem Unterstützungskomitee traten nach und nach Politikerinnen und Politiker aus allen Parteien bei. Die Volksinitiative wurde von namhaften Exponenten der Wissenschaft, von ranghohen Amtsträgern beider Landeskirchen, aber auch von Bauernvertretern sowie bedeutenden Schweizer Kulturschaffenden unterstützt.

Hintergrund: In der Schweiz leben Zehntausende Opfer von

fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen. Aufgrund dieses dunklen Kapitels der Schweizer Geschichte haben Verdingkinder und Heimkinder schwerstes Unrecht, Misshandlungen und Missbrauch erlitten. Bis 1981 wurden Tausende von Personen ohne Gerichtsbeschluss administrativ versorgt. Frauen wurden unter Zwang sterilisiert oder zur Abtreibung gezwungen. Kinder wurden gegen den Willen ihrer Mütter zur Adoption freigegeben oder in Waisenhäusern und Kinderheimen platziert.

Der Originalartikel kann auf der Seite unseres Partners besucht werden:

<https://wiedergutmachung.ch/home/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur

Pressenza - Büro Berlin

Johanna Heuveling

E-Mail: johanna.heuveling@pressenza.com

Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psi00228.html>



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

POLITIK / FAKTEN / MENSCHENRECHTE

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

**Mexiko
"Gensoja zerstört unsere Lebensgrundlagen"**

von Gerold Schmidt

(Mexiko-Stadt, 5. April 2018, npl)
- Im September 2017 sagte die mexikanische Regierung ihr Erscheinen vor dem UNO-Menschenrechtsausschuss für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (WSK-Rechte) in Genf kurzfristig mit Hinweis auf das schwere Erdbeben vom 19. September ab. Gleichzeitig dürfte dies ein willkommener Vorwand gewesen sein, sich nicht den zahlreichen Parallelberichten von etwa 20 mexikanischen Initiativen, Gruppen und Organisationen zur Menschenrechtslage im Land stellen zu müssen und diesen die Möglichkeit einer Anhörung zu nehmen. Mitte März dieses Jahres gab es jedoch kein Ausweichen mehr; die UNO-Anhörung wurde nachgeholt. Maya-Imkerin Leydy Pech berichtete vor dem UN-Menschenrechtsausschuss in Genf.

Neben den vielen "Schattenberichten" über Ermordete, Verschwundene und direkte Attacken auf Menschenrechtler*innen und Umweltaktivist*innen gab es in Genf auch Anhörungen zu einer eher schleichenden Gewalt. So berichtete die Maya-Imkerin Leydy Aracely Pech Martin, die im vergangenen Herbst in Österreich und Deutschland die Situation in ihrem Heimatbundesstaat Campeche referierte, über die Auswirkungen des Gensoja-Anbaus



Leydy Pech bei ihrer Anhörung vor dem UNO-Menschenrechtsausschuss

Foto: © Gerold Schmidt

durch Monsanto und der agroindustriellen Landwirtschaft allgemein auf der Halbinsel Yucatán. Für die Region präzedenzlose Entwaldung, die schädlichen Auswirkungen massiver Pestizidanwendung auf Grundwasser und die menschliche Gesundheit, Bienensterben, Verdrängung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und die Missachtung der Mayakultur waren die Themen, die sie in den gerade einmal drei zur Verfügung stehenden Minuten ansprach. "Gensoja und Agroindustrie zerstören unsere Lebens-

grundlagen", so lässt sich ihr Vortrag zusammenfassen. Ihr ausführlicher, in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der Halbinsel ausgearbeiteter Parallelbericht [1], wurde bereits im August 2017 bei der UNO eingereicht und ist online [2] zugänglich (siehe dort unter Mexico/Info from Civil Society Organizations/Joint submission Ma OGM; auch Aktualisierungen zum Thema seit Oktober 2017 in Poonal).

Der UNO-Menschenrechtsausschuss für WSK-Rechte erwähnt in seinen gerade erst veröffentlichten Schlussfolgerungen [3] zu den Anhörungen im Fall Mexiko das Thema Gensoja und Agroindustrie nicht direkt. Ein indirekter

Bezug ist jedoch in den Abschnitten über Unternehmen, Staat und Menschenrechte, die Rechte indigener Völker und die Frage von Konsultierung und Zustimmung bei sie betreffenden Projekten sowie dem Zugang zu Wasser zu finden. Insgesamt macht der Ausschuss bei aller diplomatischen Zurückhaltung deutlich, was er von den Anstrengungen des mexikanischen Staates hält, die WSK-Rechte zu respektieren und umzusetzen. In den 14-seitigen Anmerkungen nimmt der Abschnitt "Positive Aspekte" neun Zeilen ein. Der Rest des Dokumentes drückt "Besorgnisse" aus und enthält Empfehlungen.

Anmerkungen:

- [1] http://tbinternet.ohchr.org/_layouts/treatybodyexternal/SessionDetails1.aspx?SessionID=1197&Lang=en
- [2] http://tbinternet.ohchr.org/_layouts/treatybodyexternal/SessionDetails1.aspx?SessionID=1197&Lang=en
- [3] http://tbinternet.ohchr.org/_layouts/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=E%2FC.12%2FMEX%2FCO%2F5-6&Lang=en

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/genso-ja-zerstoert-unsere-lebensgrundlagen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/fakten/pfmen350.html>

UMWELT / REDAKTION / KLIMA

CO2 - Emissionsbetrug und Selbsttäuschung ...

(SB) 9. April 2018 - Müßten nicht alle Staaten, die das Klimaabkommen von Paris unterzeichnet haben, sowie alle zwischenstaatlichen Einrichtungen ihrem eigenen Anspruch gerecht werden und alles dafür tun, um dessen Ziele einzuhalten? Zum Beispiel die Internationale Energieagentur (IEA). Sie wurde ein Jahr nach der Ölkrise 1973 von 16 Industriestaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gegründet, um gemeinsame Maßnahmen zur Sicherung der Ölversorgung zu ergreifen. Heute hat die in Paris ansässige IEA 30 Mitglieder. In dem "New Policies Scenario" (NPS) des jüngsten World Energy Outlook (WEO) propagiert die IEA jedoch nach

wie vor eine Politik, die unvereinbar mit den Zielen des Klimaabkommen von Paris ist. Das behaupten die beiden NGOs Oil Change International und das Institute for Energy Efficiency and Financial Analysis (IEEFA) in einem Anfang April erschienenen, 44seitigen Report mit dem Titel "Off Track: How the International Energy Agency Guides Energy Decisions towards Fossil Fuel Dependence and Climate Change" [1].

"Die IEA fördert die Vision einer Zukunft, in der die Welt von fossilen Energieträgern abhängig bleibt", berichtet Greg Muttitt, Hauptautor des Reports und Forschungsdirektor von Oil Change International. Als Grundlage für

politische und Investitionsentscheidungen berge das NPS die Gefahr einer "sich selberfüllenden Prophezeiung" [2].

Im Klimaabkommen von Paris haben sich die Staaten darauf festgelegt, die globale Erwärmung auf unter zwei Grad, möglichst unter 1,5 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Wichtigstes Instrument dazu ist die Reduzierung von Kohlendioxidemissionen aus dem Verbrennen fossiler Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas.

Die IEA propagiere eine Energiepolitik, die nicht in die Sicherheit führe, sondern uns über die Klippe bugschiere, kritisiert Muttitt im

Interview mit dem "Guardian" die Organisation [3]. Bei dem "Neuen PolitikszENARIO" der IEA wäre das Kohlenstoffbudget für das 1,5-Grad-Ziel bereits 2022, also in vier Jahren, ausgeschöpft und das für das 2-Grad-Ziel im Jahr 2034. Selbst wenn man die ambitioniertesten Aussichten der IEA zugrunde lege, die im "sustainable development scenario" beschrieben sind, würde das 2-Grad-Ziel im Jahr 2040 überschritten. Deshalb seien alle Regierungs- und Finanzinstitutionen, die die IEA-Szenarien zur Grundlage ihrer Investitionen in Öl und Gas machten, schlecht beraten, so Muttitt. Es sei schockierend, wie weit sich die Organisation vom Paris-Abkommen entferne.

Zwei der Autoren des World Energy Outlook befänden sich auf der Gehaltsliste von Shell, zeigte der Kritiker einen offensichtlichen Interessenkonflikt der IEA auf. Außerdem monierte er, daß diese Organisation noch immer den Industriestaaten verpflichtet ist. Als Beispiel wurde der Widerspruch genannt, daß laut IEA die Europäische Union ihre Treibhausgasemissionen bis 2040 um 40 Prozent, Indien jedoch um 46 Prozent senken würde. Das stehe im Widerspruch zur historischen Verantwortung der Industriestaaten für den Klimawandel. Muttitt fordert die IEA auf, dem Beispiel der Weltbank zu folgen, die im Dezember vergangenen Jahres angekündigt hat, Investitionen in Öl und Gas 2019 auslaufen zu lassen.

Gegenüber dem "Guardian" erwiderte die IEA hinsichtlich der Vorwürfe, daß ihre zwei Dutzend Autoren und mehrere hundert

Gutachter des World Energy Outlook aus einem "breiten Feld" stammten, aus Regierungen, NGOs und der Industrie, inklusive der erneuerbaren Energieindustrie. Im übrigen sei beim jüngsten ministerialen Treffen eine Modernisierungsstrategie beschlossen worden, um die IEA in ein "globales Zentrum für saubere Energie" zu wandeln.

Der Guardian hat nicht näher ausgeführt, was die IEA unter "sauberer Energie" versteht oder verstehen könnte. Das sei hiermit nachgeholt. Möglicherweise ist damit Kernenergie gemeint, gegenüber der die Organisation bislang sehr positiv eingestellt war. Weil beim Abbrand der Kernbrennstäbe keine CO₂-Emissionen freiwerden, behauptet die Industrie, Akws seien klimafreundlich. Das ist zwar an den Haaren herbeigezogen, weil während der gesamten Prozeßkette, von der Urangewinnung bis zu Endlagerung abgebrannter Brennelemente - und nicht zu vergessen der Katastrophenbewältigung wie in Fukushima - riesige Mengen an CO₂-Emissionen erzeugt werden, hat sich aber inzwischen bis in den Verhandlungsprozeß des internationalen Klimaschutzes eingeschlichen. Darüber berichtete im Dezember vergangenen Jahres der russische Umweltschützer Vladimir Slivyak (Ecodefense, Moskau), der schon an einer Reihe von COPs teilgenommen hat, auf dem People's Climate Summit in Bonn [4].

Auch Kohle wird von der Industrie als "sauber" gehandelt, wenn sie nur in Verbindung mit dem Geschäftsmodell des CCS, des Abfangens und Abscheidens

von Kohlenstoff aus der Kohleverbrennung und anschließenden Lagerung des verflüssigten Treibhausgases etabliert wird. Nicht zuletzt wird von interessierten Kreisen auch innerhalb der Europäischen Union behauptet, daß Erdgas eine klimafreundlichere Alternative zu Kohle und Erdöl darstellt. Das ist jedoch ein Irrtum, denn dabei würden unter anderem die kurzfristigen Methanemissionen aus der Gasinfrastruktur unter den Teppich gekehrt, wie im vergangenen Dezember Frieda Kieninger von der Organisation Food and Water Europe ebenfalls auf dem People's Climate Summit in Bonn näher ausführte [5].

Die Zeit spielt der Industrie in die Hände. Je mehr Zeit verstreicht, in der nicht entscheidende Schritte zur Reduzierung der CO₂-Emissionen ergriffen werden, desto leichter hat es die Industrie, daß ihre fadenscheinigen Vorschläge zur Bereitstellung vermeintlich sauberer Energie angenommen und umgesetzt werden. Beispielsweise erfordert das CCS-Verfahren zur "sauberen Kohle" seinerseits viel Energie, die dann wiederum von Kohlekraftwerken generiert werden würde. Die wären also eine richtige Geldmaschine. Man könnte auch von einer Win-win-Technologie sprechen: In beiden Fällen streichen die Betreiber der Kohlekraftwerke die Gewinne ein, während die Gesellschaft das Nachsehen hat.

Der aktuelle Report der beiden NGOs zeigt: Was immer sich die IEA auf die Fahne schreibt, als Kind der OECD ist sie nach wie vor der fossilen Energiewirtschaft verbunden.

Anmerkungen:

[1] <http://priceofoil.org/content/uploads/2018/04/OFF-TRACK-the-IEA-Climate-Change.pdf>

[2] <https://www.commondreams.org/news/2018/04/05/study-details-how-ieas-rosy-outlook-fossil-fuels-driving-world-towards-climate>

[3] <https://www.theguardian.com/environment/2018/apr/05/iea-accused-of-undermining-global-shift-from-fossil-fuels>

[4] <http://schattenblick.de/infopool/buerger/report/brrb0101.html>

[5] <http://schattenblick.de/infopool/buerger/report/brrb0102.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-646.html>

Inhalt **Ausgabe 2520 / Dienstag, den 10. April 2018**

- 1 BÜRGER - FAKTEN: Weltsozialforum 2018 - Internationaler Treffpunkt mit Daseinsberechtigung (poonal)
- 4 BÜRGER - FAKTEN: Informationspool gegen globalen Waffenhandel in acht Sprachen freigeschaltet (Pressenza)
- 5 EUROPOOL - POLITIK: Puigdemont - Dialogverweigerung ist keine Option in der Demokratie (Pressenza)
- 6 POLITIK - REDAKTION: Syrien-Konflikt - Kreuzweg der Welten ...
- 8 POLITIK - KOMMENTAR: Brasilien - Lula fällt ...
- 11 SCHACH-SPHINX: Jagd auf Großmeister
- 11 POLITIK - SOZIALES: Erfolgreicher Abschluss der Wiedergutmachungs-Initiative in der Schweiz (Pressenza)
- 13 FAKTEN: Mexiko - "Gensoja zerstört unsere Lebensgrundlagen" (poonal)
- 14 UMWELT - REDAKTION: CO2 - Emissionsbetrug und Selbsttäuschung ...
- 16 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 10. April 2018

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 10. April 2018

+++ Vorhersage für den 10.04.2018 bis zum 11.04.2018 +++



Abkühlung etwas,
Jean stört das nicht,
er sitzt im Frischgras,
Hand vorm Gesicht.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.